

Was ist die Gefahr? Mehr als nur Aushöhlung der Souveränität

Die Erweiterung bisheriger Befugnisse

Die Ratifizierung der vorgeschlagenen Änderungen würde zur Folge haben:

- Weiter und tiefer gehende **Aushöhlung der Souveränität** von Staaten; Ausweitung der Weisungsbefugnis eines **nicht demokratisch legitimierten** Gremiums mit intransparenten Prozessen und einer größer gewordenen **Machtkonzentration** bei seinem Generaldirektor. Die WHO ist finanziell abhängig von privaten Pharma-Firmen, wodurch ein **Korruptionsrisiko** besteht. Es gibt **keine Überprüfung / Kontrolle** der WHO durch ein unabhängiges Gremium.
- Herabsetzung der Voraussetzungen für die **Erklärung von Gesundheitsnotständen**, was zu einem früheren und schnelleren Zugriff führt. Die Corona Pandemie hat gezeigt, dass solche Gesundheitsnotstände mit dem **Außerkraftsetzen von menschlichen Grundrechten und Grundfreiheiten** einher gehen können. Der erklärte Gesundheitsnotstand der Coronapandemie führte zu Massentests und **indirektem Impfwang** (durch 2G-Regelungen, Reise-Beschränkungen, Lockdowns etc.) mit neuartigen, gentechnischen, notfall-zugelassenen Präparaten mit unklaren Inhaltsstoffen. Das **Recht auf körperliche Selbstbestimmung** geriet unter Druck. Derartige Szenarien könnten sich unter den WHO Regularien künftig wiederholen bzw. dauerhaft werden. So **erklärte die WHO im Juni 2023**, die digitale Infrastruktur der EU-Covid-Zertifikate zu vorgeschriebenen Tests und Impfungen für das Reisen als dauerhaftes Modell zu übernehmen.
- Es ist zu bezweifeln, ob über global verfügte Abnahmeverpflichtungen bestimmter Medizinprodukte und anderer Regularien eine echte menschliche Gesundheit gefördert wird. Vielmehr könnte es zu einem pharmazeutisch-industriellen, technokratischen und profitorientierten Gesundheitsmanagement kommen.

Gemeinsam sind wir die Basis Gemeinsam sind wir die Veränderung

Wir freuen uns über jeden, der sich auf seine Art bei uns einbringen möchte. Wenn Du interessiert bist, schreibe uns gerne:

Wege zu uns

Post:

Basisdemokratische Partei Deutschland
Landesgeschäftsstelle dieBasis NRW
Unnauer Weg 7a, 50767 Köln
Tel.: 0221 60605646
E-Mail: gs.nrw@diebasis.nrw

Online:

www.diebasis-nrw.de

Spenden:

Stadtparkasse Düsseldorf
IBAN: DE14 3005 0110 1008 4913 08

Mehr Infos zum Thema WHO >>



12/2023 | dieBasis LV Nordrhein Westfalen, René Quarda, Unnauer Weg 7a, 50767 Köln

Die Welt im Griff der WHO* ...

...und was wir dagegen tun können

* Weltgesundheitsorganisation

dieBasis

Basisdemokratische Partei Deutschland

Freiheit Machtbegrenzung Achtsamkeit Schwarmintelligenz

Von der Reaktion zur präventiven Überwachung

Pandemievertrag und Internationale Gesundheitsvorschriften

2005 wurde die **Definition eines internationalen Gesundheitsnotstandes verändert** und in die internationalen Gesundheitsvorschriften (IHR) aufgenommen. Die Definitionsänderung besagt, dass die schnelle Ausbreitung eines Erregers ausreicht, um eine Pandemie ausrufen zu können. Zuvor wurde eine Pandemie an erwarteten hohen Infektionszahlen und Todesfällen festgemacht. Diese Definitionsänderung fand auch Eingang in das deutsche **Infektionsschutzgesetz** von 2020. Sie brachte den Paradigmenwechsel von der Betrachtung Kranker in einer Region zu einem **generellen Grundverdacht gegenüber Gesunden**, die krank werden könnten.

Die **Weltgesundheitsversammlung der WHO** arbeitet an einem globalen Prozess zur „Stärkung der Prävention, Bereitschaft und Reaktion“ auf Infektionsgeschehen. Dazu ist beabsichtigt, einen Pandemievertrag auszuarbeiten und die „**Internationalen Gesundheitsvorschriften - International Health Regulations (IHR)**“ zu verschärfen.

Zukünftige **Feststellungen von internationalen Gesundheitsnotständen (PHEIC)** sollen **vereinfacht und beschleunigt** geschehen können (z.B. durch Fristverkürzungen und die Ausweitung auf Notstandsvorstufen). Dem sollen alle Mitgliedsstaaten der WHO in der **Weltgesundheitsversammlung** zustimmen und sich zur Durchführung der darin enthaltenen Vorschriften auf völkerrechtlich bindender Basis verpflichten.

Die Vorhaben gefallen der internationalen Politik sehr. Es gibt breite Zustimmung und Entschlossenheit der WHO-Mitgliedsländer, unter anderem von der EU und dem deutschen Bundestag.

Der WHO-Wahnsinn weitet sich aus

Die Zeit rennt

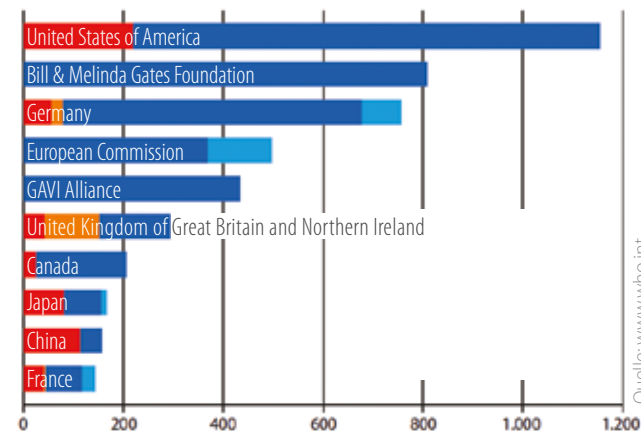
Die WHO arbeitet derzeit Internationale Gesundheitsrichtlinien (International Health Regulations IHR) unter Ausschluss der Öffentlichkeit aus und plant, diese im Mai 2024 auf der nächsten Internationalen Gesundheitsversammlung als Rahmenvertrag WHO CA+, auch bekannt als WHO-Pandemievertrag, annehmen zu lassen.

Der Protest muss lauter werden.

Infodemie

Unter dem Stichwort „Infodemie“ soll die WHO künftig sogenannte „Falschinformationen“ zensieren und juristisch gegen die Urheber sogenannter „Falschinformationen“ vorgehen können. So würden künftig die Möglichkeiten der Menschen eingeschränkt, sich frei und umfassend zu informieren.

Die Geldgeber der WHO



- Freiwillige Beiträge der Mitgliedsstaaten
- Freiwillige Beiträge ohne Einschränkungen
- Freiwillige Beiträge für speziellen Verwendungszweck
- Freiwillige Beiträge Themengebunden

Die Feststellung eines internationalen Notstandes

Neue Ziele

Unter dem Stichwort „**One Health**“ wird die **Ausweitung des Zuständigkeitsbereiches** der Weltgesundheitsorganisation (WHO) auf alle Lebensbereiche des Menschen verstanden: Tiere, Pflanzen, Ökosysteme, Klima etc. Ausgeweitete internationale Gesundheitsvorschriften (IHR) würden all dies umfassen und der WHO eine umfassende Machtfülle zur Ausrufung von Notständen zugestehen. In die Änderungsanträge der IHR wurden die beiden folgenden Organisationen mit einbezogen: das UN-Umweltprogramm (United Nations Environment Programme - UNEP) sowie der Welternährungsorganisation (Food and Agriculture Organization - FAO). **Dies ermöglicht die Feststellung eines internationalen Notstandes auch außerhalb gesundheitlicher Ereignisse** (beispielsweise aufgrund der Nicht-Erreichung des 1,5 Grad-Zieles). Klima-Lockdowns wären also künftig vorstellbar.

Die WHO soll ermächtigt werden, **zentralistisch** gesundheitspolitische Entscheidungen zu treffen, die für nahezu alle 8 Milliarden Menschen in Form einer globalen Gleichbehandlung gelten sollen: d.h. **EINE Lösung für ALLE**. Damit würde eine Betrachtung jedes Menschen als Individuum im Arzt-Patienten-Verhältnis entfallen. Eine Nutzen-Risiko-Abwägung unter Berücksichtigung der gesundheitlichen Situation des einzelnen Menschen fände nicht mehr statt. Es würde quasi eine Unfehlbarkeit der WHO zu gesundheitlichen Entscheidungen für 8 Milliarden Menschen etabliert.

